

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereichsbüro 400
	Bearbeiter/in	Uwe Sperling
	Telefon (0202)	563 69 07
	Fax (0202)	563 81 34
	E-Mail	Uwe.Sperling@stadt.wuppertal.de
	Datum:	07.06.2010
	Drucks.-Nr.:	VO/0463/10 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.06.2010	Bezirksvertretung Barmen	Empfehlung/Anhörung
08.06.2010	Bezirksvertretung Heckinghausen	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Elberfeld-West	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Vohwinkel	Empfehlung/Anhörung
09.06.2010	Bezirksvertretung Cronenberg	Empfehlung/Anhörung
10.06.2010	Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg	Empfehlung/Anhörung
15.06.2010	Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Seniorenbeirat	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Integrationsausschuss	Empfehlung/Anhörung
22.06.2010	Ausschuss für Umwelt	Empfehlung/Anhörung
23.06.2010	Ausschuss für Kultur	Empfehlung/Anhörung
23.06.2010	Ausschuss für Verkehr	Empfehlung/Anhörung
24.06.2010	Sportausschuss	Empfehlung/Anhörung
24.06.2010	Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit	Empfehlung/Anhörung
29.06.2010	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW	Empfehlung/Anhörung
29.06.2010	Ausschuss für Schule und Bildung	Empfehlung/Anhörung
30.06.2010	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen	Empfehlung/Anhörung
30.06.2010	Ausschuss für die Gleichstellung	Empfehlung/Anhörung
01.07.2010	Jugendhilfeausschuss	Empfehlung/Anhörung
01.07.2010	Betriebsausschuss Gebäudemanagement	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH / KIJU	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Bezirksvertretung Ronsdorf	Empfehlung/Anhörung
06.07.2010	Bezirksvertretung Oberbarmen	Empfehlung/Anhörung
07.07.2010	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
07.07.2010	Bezirksvertretung Elberfeld	Empfehlung/Anhörung
08.07.2010	Rechnungsprüfungsausschuss	Empfehlung/Anhörung
12.07.2010	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Teil II		

Grund der Vorlage

Der Rat der Stadt hat bereits am 15.03.2010 40 Maßnahmen zur Kenntnis genommen, die als Geschäft der laufenden Verwaltung umgesetzt werden. Weitere 7 Maßnahmen des HSK sind beschlossen worden. Insgesamt ergibt sich ein Volumen von 44.886.950 €.

Mit dieser Vorlage werden dem Rat der Stadt weitere 9 Maßnahmen mit einem Volumen von 4.709.000 € zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Umsetzung des HSK 2010 – 2014 werden folgende Maßnahmen beschlossen:

- 3.2.6 Bergische VHS – Zuschussreduzierung
- 4.2 Erhöhung Hundesteuer
- 4.3 Erhöhung Vergnügungssteuer
- 5.3 u. 6.1 Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich
- 9.4 Prüfung einer Betreiberlösung für das Stadion
- 10.6 Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche
- 13.2 Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“
- 13.6 Weiterentwicklung des Regionalbüros
- 13.15 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Zu 3.2.6 - Bergische VHS – Zuschussreduzierung

Der Verbandsversammlung wird zur Sitzung am 09.07.10 der Wirtschaftsplan vorgelegt, der Maßnahmen berücksichtigt, die zu der vorgeschlagenen Zuschussreduzierung führen. Die Vertreter der Stadt Wuppertal in der Verbandsversammlung sollen in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung am 06.07.10 beauftragt werden, den Wirtschaftsplan zu beschließen (siehe VO 0429/10).

Zu 4.2 - Erhöhung Hundesteuer

Siehe dazu VO 0481/10 zur Satzungsänderung. Die Einnahmeverbesserung ist gegenüber dem HSK von 360.000 € auf 380.000 € erhöht.

Zu 4.3 - Erhöhung Vergnügungssteuer

Siehe dazu VO 0480/10 zur Satzungsänderung. Die Einnahmeverbesserung ist gegenüber dem HSK von 500.000 € auf 720.000 € erhöht.

Zu 5.3 und 6.1 - Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich

Das HSK sieht unter Ziffer 5.3 die Kürzung/Streichung von Zuschüssen im Jugendbereich um 500.000 € sowie unter Ziffer 6.1 die Kürzung/Streichung von Zuschüssen im Sozialbereich um 450.000 € vor.

In den Gesprächen, die die Verwaltung geführt hat, hat sich ergeben, dass die zunächst von der Verwaltung vorgesehenen Kürzungen überwiegend keine Mehrheit finden. Dazu hat der Geschäftsbereich 2.1 Alternativen vorgeschlagen, die das gleiche Volumen haben. Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Investitionskostenzuschüsse an Träger sozialer Einrichtungen	3.800 €
- Streichung des Zuschusses an Tacheles e.V.	5.200 €
- stationäre und teilstationäre Betreuung Obdachloser	100.000 €
- Betreuung für Erwachsene, Outsourcing an Betreuungsverein	100.000 €
- Vermeidung von Heimunterbringungen (Steigerung der ambulanten Hilfen auf 45%)	300.000 €
- Ausgabenreduzierung bei der Obdachlosenbetreuung (verbesserte Refinanzierung durch Dritte)	100.000 €
- Intensivierung der arbeitsmarktlichen Integration (Ausgabenreduzierung AsylBLG)	200.000 €
- gemeinsame hausmeisterliche Dienste (R 204 wird für R 105 tätig)	75.000 €
- Aufgabenveränderung im NOSD II-Vertrag (SkF übernimmt Betreuung der Pflegefamilien)	75.000 €
	<u>959.000 €</u>

Zu 9.4 – Prüfung einer Betreiberlösung für das Stadion

Da die im HSK vorgeschlagene Lösung, die Stadion-Unterhaltung dem WSV zu übertragen, vermutlich nicht realisierbar ist, wird die Verwaltung beauftragt, eine Betreiberlösung zu prüfen, die gleich hohe Einsparungen ermöglicht. Das HSK sieht diese Maßnahme für das Jahr 2012 vor.

Zu 10.6 - Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche

Die Zahl der Geschäftsbereiche wird von sieben auf fünf reduziert. Als Folge der Auflösung des Geschäftsbereiches 3 wird dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 12.07.2010 eine Vorlage zur Neuordnung der Geschäftsbereiche vorgelegt. Die Auflösung des Geschäftsbereiches 1.1 erfolgt im Verlaufe des Jahres 2013.

Zu 13.2 - Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“

Die im HSK vorgeschlagene Schaffung der neuen Leistungseinheit „Bürgerservice“ wird unverändert Mitte 2011 umgesetzt. Allerdings werden abweichend vom ursprünglichen Verwaltungsvorschlag als Ergebnis der Gespräche mit der Politik die Öffnungszeiten der Bürgerbüros auf lediglich zwei Tage pro Woche reduziert. Dadurch ergibt sich eine Einsparung von 300.000 € pro Jahr.

Zu 13.6 - Weiterentwicklung des Regionalbüros

Im Zusammenhang mit einer Neuordnung der EU-Förderung innerhalb der Stadtverwaltung und im Verhältnis zur Bergischen Entwicklungsagentur ist auch eine Weiterentwicklung des Regionalbüros und der Regionalagentur vorgesehen, die die im HSK genannte Einsparung ermöglicht. Dazu wird auf die entsprechende Verwaltungsvorlage verwiesen.

Zu 13.15 – Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

An der Umsetzung der Maßnahme wird grundsätzlich zeitversetzt festgehalten. Weitere Gespräche mit der Bezirksregierung und der Unfallkommission sind zu führen.

Anlagen

01 - Tabellarische Aufstellung der Maßnahmen

Die Stellungnahme der Stadt Wuppertal (Anlage 3) wird beschlossen.

Mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2

Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit "Bürgeramt" -ohne Vorlage-

(Die entsprechenden Unterlagen sind den Mitgliedern bereits zur Sitzung am 15.03.2011 ausgehändigt worden)
Berichterstattung/Präsentation des Abschlussberichtes durch Stadtdirektor Dr. Slawig

Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg gibt zu TOP 2 der TO folgende Erklärung, verlesen von Frau Fischer, ab:

*„Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
 sehr geehrte Berichterstatter der Verwaltung,
 liebe Kolleginnen und Kollegen der Bezirksvertretung,*

die SPD-Fraktion lehnt die Vorschläge im Rahmen des Verwaltungskonzeptes „Bürgeramt“ mit seinen Auswirkungen für die Stadtteile Langerfeld und Beyenburg in Gänze ab.

Das Konzept bringt in den betroffenen Stadtteilen deutlich Einschnitte im Leistungsangebot der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Diese sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur. Zum einen werden die Öffnungszeiten drastisch reduziert und gehen mit ihrer Beschränkung auf eine feste Uhrzeit von 08.00 bis 12.30 Uhr an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Zum anderen wird das Leistungsangebot in seiner Vielfalt deutlich eingeschränkt.

Dieser doppelte Attraktivitätsverlust führt in der Folge mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer stark verringerten Nutzung der Bürgerbüros. Die bereits vorge-sehene Evaluierung nach einer gewissen Probezeit legt die Schlussfolgerung nahe, dass es sich bei dem vorgelegten Konzept um ein „Sterben auf Raten“ handelt, das von vornherein einkalkuliert ist. Am Ende dieser Entwicklung steht dann ein Stadtteil ohne Service vor Ort!

Als Vertreter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Langerfeld und Bey-nburg lehnen wir deshalb den Vorschlag der Verwaltung mit Entschiedenheit ab.

Die Ablehnung unserer Fraktion geht allerdings auch bewusst über die örtliche Betroffenheit hinaus. Sie richtet sich genauso grundsätzlich an die Politik des „Kaputtsparens“ im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die reflexartige Strategie des „Sparens an allen Ecken“ weder zielführend noch sinnvoll.

Die Haushaltsdefizite der Stadt Wuppertal haben ihre Ursachen in Entschei-dungen, die auf anderer Ebene unseres föderalen Systems getroffen wurden. Insbesondere der Bund hat durch seine Entscheidungen seit vielen Jahren immer wieder Belastungen für die kommunalen Haushalte herbeigeführt. Aber auch die schwarz-gelbe Landesregierung hat in verschiedener Weise zur Steigerung der Defizite beigetragen. Es ist aus unserer Sicht ein grundsätzlicher politischer Irr-weg, auf diese Entwicklung mit einem Spardiktat in den Kommunen zu reagieren. Im Ergebnis führt dies nur zu einem dramatischen Rückbau der öffentlichen Infrastruktur zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ohne dass hierdurch verlorene finanzielle Handlungsspielräume zurück gewonnen werden. Auch bei

der Umsetzung aller Sparbemühungen wird das Wuppertaler Minus genauso ein Minus bleiben, wie der städtische Haushalt unter Kuratel bleiben wird.

Im Attraktivitätswettbewerb der Städte und Gemeinden wird in der Zukunft nicht derjenige vorne liegen, der am meisten gespart hat! Das Konzept der Verwaltung ist deshalb für uns nicht nur aufgrund seiner bezirklichen Auswirkungen abzulehnen sondern auch wegen seines politisch-strategisch falschen Grundansatzes.“

Herr Hasenclever verliest eine Ergänzung dazu:

„Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung weist darüber hinaus auf die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal hin.

Zitat:

§ 25 Bürgerbüros

(2) Über die Errichtung und Auflösung von Bürgerbüros, die Änderung ihrer Aufgaben, die Besetzung ihrer Leitung und wesentliche Änderungen der personellen Ausstattung entscheidet der Oberbürgermeister nach Anhörung der Bezirksvertretung.

Ende des Zitates

„99.000 Bürgerinnen und Bürger sind in den 4 Wuppertaler Stadtteilen betroffen. Wir fordern deshalb eine öffentliche Anhörung nach Hauptsatzung § 25 Absatz 2 durch den für die Entscheidung zuständigen Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal – Herrn Peter Jung.

Als Konsequenz aus den geschilderten Zusammenhängen verlässt die SPD-Fraktion zum ersten Mal seit Gründung der Bezirksvertretungen im Jahre 1945/46 die Sitzung zum anstehenden Tagesordnungspunkt.“

Die anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung verlassen den Sitzungsraum um 19.45 Uhr.

Dr. Slawig erklärt, er finde es eigenartig, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion vor seiner Darstellung des Abschlussberichtes die Sitzung verlassen. Er äußert bezogen auf die Wortwahl der Erklärung Kritik, da diese in der Sache ärgerlich und falsch sei. Er verwehre sich gegen den Vorwurf des „Kaputtsparens“, da es sich bei den Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes um den Versuch handele, in einer dramatischen Situation den Haushalt der Stadt in Ordnung zu bringen. Es sei die Verpflichtung der Verwaltungsspitze und des Rates, die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. In wenigen Tagen sei die Stadt Wuppertal überschuldet, was bei einem privaten Unternehmen zu einem Insolvenzverfahren führen würde.

Es ginge darum die Vorgaben der Bezirksregierung zu den haushaltsrechtlichen Vorgaben für die Kommunen zu erfüllen, hierzu gebe es keine Unterschiede zwischen den Vorgaben der „alten“ und der „neuen“ Regierung. Der Innenminister erwarte die Fortsetzung der konsolidierenden Maßnahmen im Haushalt.

Nach diesen Ausführungen zum Verhalten der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung wendet sich Herr Dr. Slawig dem Thema zu:

*Ihm sei völlig klar, dass die Vorschläge der Verwaltung zu den Veränderungen in den Bürgerbüros zu Verärgerungen führe.
Schließlich beinhalten die Änderungen eine Reduzierung der Öffnungszeiten von*

jetzt 26 Stunden auf 9 Stunden, sowie eine Reduzieren der Aufgaben um wesentliche Teile. So werde es in Zukunft keine Dokumentengeschäfte wie Pass- und Personalausweisbeantragung und -abholung mehr geben. Statt der bisherigen Trauungen gibt es zukünftig nur noch Ambiente-Trauungen, die zu Mehrkosten bei den Paaren führen.

Die Kritik an der Veränderung sei daher legitim und nachvollziehbar.

Der Vorschlag der Verwaltung sei eine vollständige Schließung der Bürgerbüros mit einer Einsparmöglichkeit von 750.000 Euro gewesen. Daraufhin habe sich jedoch erheblicher Widerstand geregt und in vielen Gesprächen wurde der Kompromiss entwickelt, den der Rat in seiner Sitzung am 12.07.2010 beschlossen habe:

1. Gründung einer neuen Leistungseinheit „Bürgeramt“
2. Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros
3. Einsparungen vom 300.000 Euro

Die Umsetzung dieses Beschlusses sei nun eine Aufgabe der laufenden Verwaltung. Es werde demnach keine neue Behandlung des Themas und damit keinen neuen Beschluss des Rates geben.

Herr Dr. Slawig weist darauf hin, dass es bereits andere Stadtteile z.B. Elberfeld gebe, deren Bürger für die Erledigung ihrer Angelegenheiten in die Zentralen nach Barmen fahren müssten. Er denke, dass es auch den Langerfelder und Beyenburger Bürgerinnen und Bürger zuzumuten sei, z.B. zum Einwohnermeldeamt nach Barmen zu fahren, zumal die Beantragung eines Passes oder Personalausweises in der Regel nur alle 10 Jahre erfolge.

Zur Frage der Geschäftsführung für die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg könne er zusagen, dass diese auch weiterhin durch Frau Mehler ausgeführt werde. Der Unterschied liege lediglich in der örtlichen Erreichbarkeit, die nicht mehr ausschließlich in Langerfeld, sondern teilweise auch über Barmen gegeben sein könnte. Außerdem werde die Verwaltung versuchen, die jetzigen MitarbeiterInnen im Bürgerbüro auch weiterhin einzusetzen. Dies könne allerdings im Vertretungs- oder Krankheitsfall anders aussehen.

Zum Prüfungsantrag zur „Veränderbarkeit der Öffnungszeiten von zwei Vormittagen auf einen Vormittag und einen Nachmittag“ könne er bereits jetzt mitteilen, dass die Verwaltung trotz aller Schwierigkeiten, die damit verbunden seien, versuchen werde, diesen Wunsch umzusetzen. Die besonderen Probleme lägen in der Planung des Personaleinsatzes und der Verteilung der Kundenströme.

Herr Dr. Slawig kündigt an, dass die Umsetzung der Maßnahmen zum 01.09.2011 geplant seien. Nach 12 bis 18 Monaten werde eine Auswertung der Erfahrungen mit den Veränderungen erfolgen. Dann könne über erforderliche Veränderungen erneut gesprochen werden.

Herr Cleff dankt Herrn Dr. Slawig für seine Ausführungen. Er bedaure zwar die heftigen Einschnitte, aber die Aussagen und Zusagen hätten auch Hoffnung gemacht.

Herr Ahlmann spricht für die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung das Bedauern über die angesagten Veränderungen aus. Es gehe schon an die „Ehre“ des Stadtbezirkes „sein“ Bürgerbüro in der gewohnten Form zu verlieren. Man nehme aber trotz aller Einschränkungen erfreut zur Kenntnis, dass die Öffnungszeiten zumindest einen *Nachmittag* umfassen sollen.

Außerdem weist man darauf hin, dass die Öffnungszeiten für Beyenburg, wegen der weiten Entfernungen von großer Bedeutung seien.

Herr Ahlmann betont, dass der Verbleib der Geschäftsführerin, Frau Mehler, ausdrücklich gewünscht werde und ihn die Zusage von Herrn Dr. Slawig außerordentlich beruhige. Die gute und verlässliche Zusammenarbeit zwischen Bezirksvertretung und Frau Mehler müsse weiterhin ermöglicht werden.

Herr Spiecker erklärt, er und Herr Wessel nähmen als Stadtverordnete die Reaktion der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung mit Erstaunen zur Kenntnis. Sie fänden, dass der Umgang mit dem Thema nicht zielorientiert sei. Im Rat sei schließlich mit CDU und SPD gemeinsam der entsprechende Beschluss gefasst worden.

2.1

Antrag der FDP in der BV zu TOP 2 "Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit 'Bürgeramt'" Vorlage: VO/0327/11

Die Diskussion zum Thema ist bereits zu TOP 2 erfolgt und protokolliert.

Herr Cleff schlägt daher vor, dass die Bezirksvertretung bezogen auf die Öffnungszeiten beschließen solle einen Vormittag und einen Nachmittag (bis 17.30 Uhr) zu öffnen und nach 18 Monaten von der Verwaltung einen Prüfbericht zu bekommen ob sich das System bewährt hat.

Der Antrag von Herr Freudenwald habe sich damit bis auf den Punkt 4 erledigt. Herr Freudenwald stimmt dem zu.

Zu Punkt 4 des FDP-Antrages erläutert *Herr Dr. Slawig*, dass eine Einbringung in die Sitzung des Hauptausschusses vom Verfahrensablauf nicht möglich sei, da der Rat in der Sache bereits am 12.07.2010 abschließend entschieden habe. Er könne jedoch zusagen, dass er die Empfehlungen der Bezirksvertretung dem zuständigen Finanz- und Beteiligungsausschuss zur Kenntnis geben werde.

Daraus resultierend erfolgt die folgende Beschlussfassung unter Einbeziehung der von Herrn Dr. Slawig darüber hinaus erfolgten Zusagen:

1. Beibehaltung der Geschäftsführung für die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg auch weiterhin durch Frau Mehler
2. Weitestgehender Einsatz der bisherigen MitarbeiterInnen in Langerfeld und Beyenburg an den noch verbleibenden Öffnungszeiten für die verbleibenden Aufgaben.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 12.04.2011:

1. Die Verwaltung wird gebeten, neben einem Vormittag auch einen Nachmittag bis 17.30 Uhr zu öffnen.
2. Nach 18 Monaten soll eine Prüfung erfolgen, ob sich das neue System bewährt hat.
3. Die Verwaltung wird gebeten, Sorge dafür zu tragen, dass die Geschäftsführung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg auch in Zukunft von Frau Mehler ausgeübt wird.

4. Die Verwaltung wird gleichfalls gebeten, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft die bisher in Langerfeld und Beyenburg eingesetzten Mitarbeiterinnen vor Ort tätig sind.

Einstimmigkeit
(in Abwesenheit der SPD-Fraktion, da diese an der Diskussion zu TOP 2 und 2.1 nicht teilnahm)

Cleff
Vorsitzender

Heike Mehler
Schriftführerin

Geschäftsführung
Bezirksvertretung Langerfeld-
Beyenburg

Es informiert Sie	Heike Mehler
Telefon (0202)	563 6265
Fax (0202)	563 8085
E-Mail	heike.mehler@stadt.wuppertal.de
Datum	12.04.2011

Niederschrift

über die Sondersitzung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg (SI/1696/11) am 12.04.2011

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

die Herren Gregor Ahlmann, Wolfgang Peter Cleff, Karl Grünewald, Dr. Frank Stromberg und Willi Joachim van Elsen ,

von der SPD-Fraktion

Frau Ulrike Fischer, Frau Seda Perincek, die Herren Andreas Bialas, Eberhard Hasenclever und Peter Röder ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Rene Kissler ,

von der FDP

Herr Dirk Freudenwald ,

von DIE LINKE

Herr Uwe Meves-Herzog ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

die Herren Rainer Spiecker und Michael Wessel ,

vom Wuppertaler Jugendrat

Lukas Hohmann und Burak Ülker

als Berichterstatter

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig, Herr Paßmann und Herr Wächter

Bericht	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 003 - Bürgeramt
	Bearbeiter/in	Jochen Siegfried
	Telefon (0202)	563 4500
	Fax (0202)	563 8065
	E-Mail	jochen.siegfried@stadt.wuppertal.de
	Datum:	23.11.2012
	Drucks.-Nr.:	VO/0906/12 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
04.12.2012	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW	Entgegennahme o. B.
04.12.2012	Bezirksvertretung Ronsdorf	Entgegennahme o. B.
12.12.2012	Bezirksvertretung Cronenberg	Entgegennahme o. B.
12.12.2012	Bezirksvertretung Vohwinkel	Entgegennahme o. B.
18.12.2012	Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg	Entgegennahme o. B.
Bericht Bürgerbüros		

1) Ausgangslage:

Seit dem 01.09.2011 können auf Grund der Beschlüsse des Rates vom Sommer 2011 zur Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 in den Bürgerbüros keine Personaldokumente mehr beantragt oder abgeholt werden. Sämtliche Ausweisanträge sowie deren Ausgabe werden in der Zentrale des Einwohnermeldeamtes am Steinweg 20 bearbeitet.

Weiterhin entfielen Aufgaben des Standesamtes, des Versicherungsamtes sowie der Verpflichtungserklärungen.

Darüber hinaus wurden die Öffnungszeiten in den Bürgerbüros auf 8,5 Stunden pro Woche reduziert. Die Bürgerbüros Cronenberg, Langerfeld, Ronsdorf und Vohwinkel haben einen Vormittag und einen Nachmittag geöffnet; das Bürgerbüro Beyenburg hat 5 Stunden geöffnet.

In allen Bürgerbüros können unsere Bürgerinnen und Bürger folgende Dienstleistungen erledigen:

- An-, Ab und Ummeldungen
- Änderung der Anschrift in KFZ-Scheinen
- Auskünfte aus dem Melderegister
- Aufenthaltsbescheinigungen

- Anträge auf Ausstellung eines Führungszeugnisses
- Amtliche Beglaubigungen
- Befreiung von der Ausweispflicht
- Bestellung von Urkunden des Standesamtes
- Anträge auf Auszüge aus dem Gewerbezentralregister
- Untersuchungsberechtigungsscheine
- Entgegennahme von Wohngeldanträgen
- Aushändigung von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheinen
- Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen
- Unterstützung bei der Beantragung neuer Schwerbehindertenausweise
- Neuausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenparkausweisen
- Verkauf von Werbeartikeln und Stadtplänen
- Hundesteuer An- und Abmeldung
- Entgegennahme von Fundsachen
- Aushändigung von Antragsformularen städtischer Dienststellen und anderer Behörden

In der Zentrale in Barmen wurde ab dem 01.09.2011 eine gesonderte Passausgabestelle geschaffen. Hierdurch sollte eine Entzerrung der Kunden im Frontofficebereich sowie überhaupt eine Kundensteuerung erzielt werden. Beabsichtigter angenehmer Nebeneffekt für die Kunden ist, dass das Abholen der Dokumente als Schnellgeschäft zu werten ist und innerhalb weniger Minuten erfolgt.

2) Darstellung der Besuchersituation:

Die nachfolgenden Zahlen basieren in der Zentrale des Einwohnermeldeamtes auf Auswertungen von Aufrufanlagen, in den Bürgerbüros auf händischen Aufzeichnungen sowie auf Auswertungen aus MESO.

In der Zeit vom 01.09.2011 bis 31.08.2012 erfolgten in allen fünf Bürgerbüros insgesamt

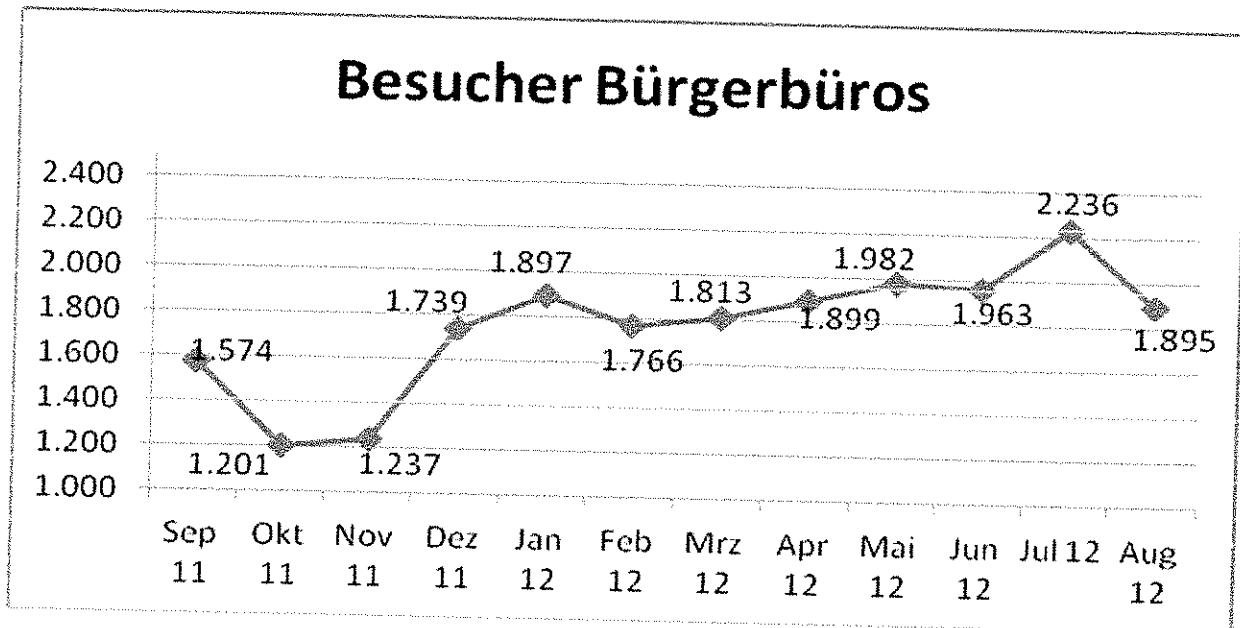
21.202

Vorsprachen.

Die Bürgerbüros waren ab Oktober 2011 regelmäßig nur noch mit einer/einem Mitarbeiter-/in aus der Zentrale des Einwohnermeldeamtes besetzt. Eine Ausnahme bildet hier das Bürgerbüro Vohwinkel.

Daneben erfolgt die dauerhafte Besetzung mit einem Geschäftsführer der Bezirksvertretung. Eine Ausnahme von dieser Besetzungsregel bildet Beyenburg.

a) Die Vorsprachen der Kunden verteilen sich auf das Berichtsjahr für alle Bürgerbüros bezogen wie folgt:



b) Die Vorsprachen der Kunden verteilen sich auf die einzelnen Bürgerbüros qualitativ und quantitativ unterschiedlich. Als Hauptleistungen wurden in allen Bürgerbüros folgende Dienstleistungen von unseren Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen:

- An, Ab- und Ummeldungen (mit weiterem Arbeitsgang Änderung der Personaldokumente)
- Beantragung und Ausstellung von Führungszeugnissen
- Auskünfte aus dem Melderegister

Neben diesen durch unsere elektronischen Systeme erfassbaren Dienstleistungen wurden die unter 1) der Vorlage dargestellten weiteren Dienstleistungen händisch erfasst.

Diese untergliedern sich in Dienstleistungen „Gemischtes“ sowie „Rest Bürgerbüros“.

Unter „Gemischtes“ sind folgende Dienstleistungen zu verstehen:

- Untersuchungsberechtigungsscheine
- Religionsänderung
- Änderung von Kfz-Scheinen
- Anträge auf Auszüge aus dem Gewerbezentralregister
- Beantragung und Verlängerung von Schwerbehindertenparkausweisen
- Verkauf von Werbeartikeln und Karten des Katasteramtes

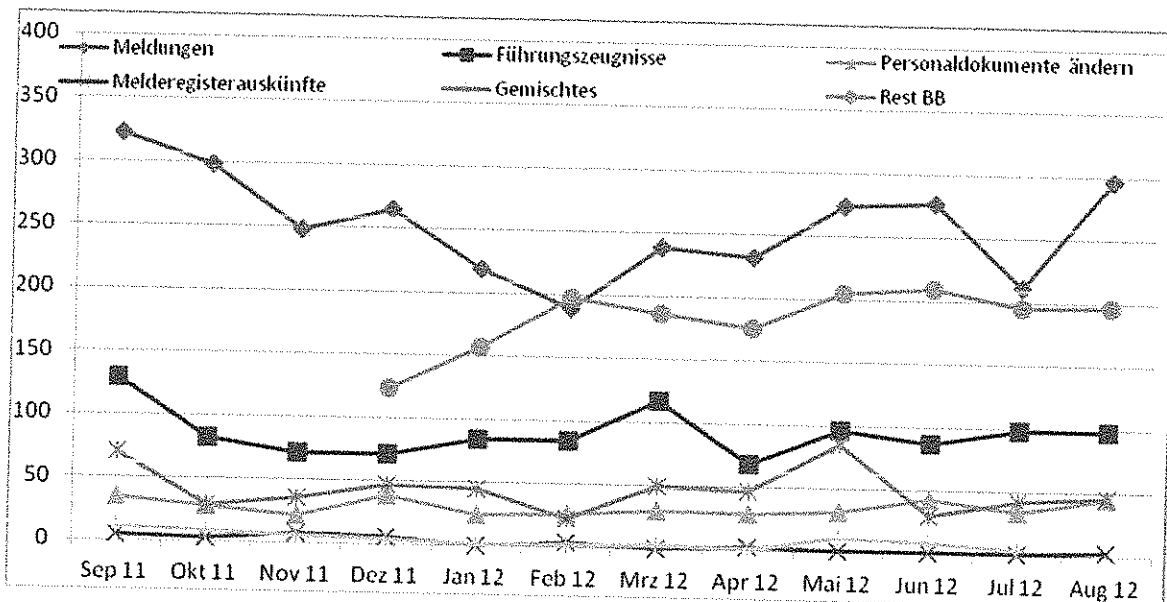
Unter „Rest Bürgerbüros“ sind folgende Dienstleistungen zu verstehen:

- Anträge auf Feststellung von Schwerbehinderung
- Allgemeine Auskünfte
- Anfragen und Erläuterungen zu Ausweisdokumenten
- Befreiung von der Ausweispflicht

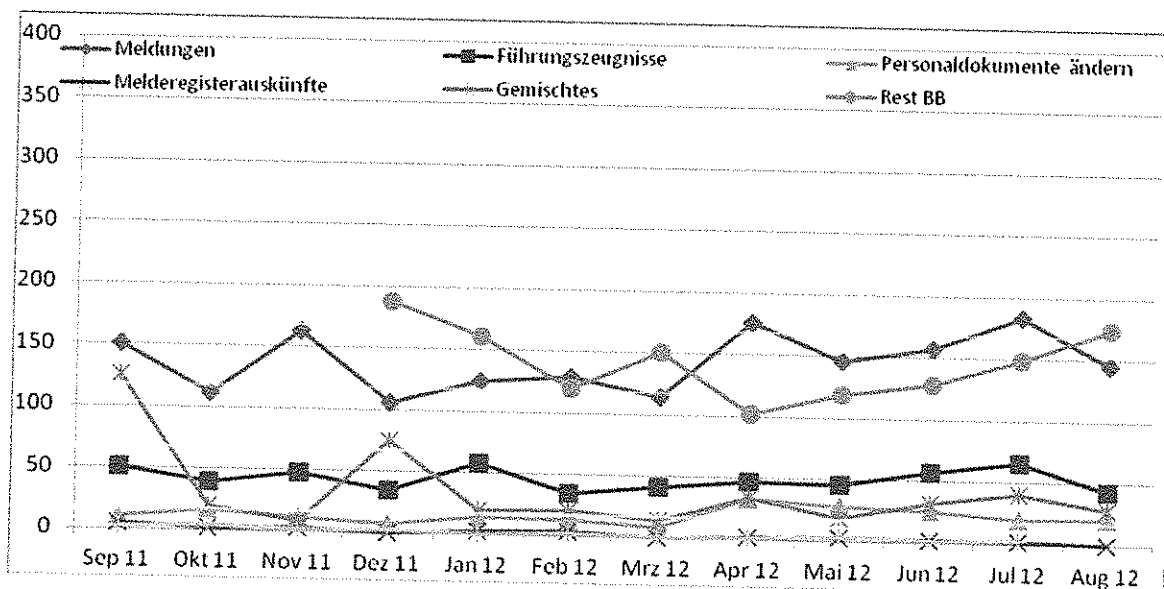
- Entgegennahme von Wohngeldanträgen
- Hundesteuerangelegenheiten
- Kostenlose Beglaubigungen
- Melderegisterauskünfte über vorgelegte Vordrucke
- Rentenangelegenheiten (auch Lebensbescheinigungen)
- Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen

Aus dem Gesagten erklären sich die nunmehr folgenden Tabellen der einzelnen Bürgerbüros:

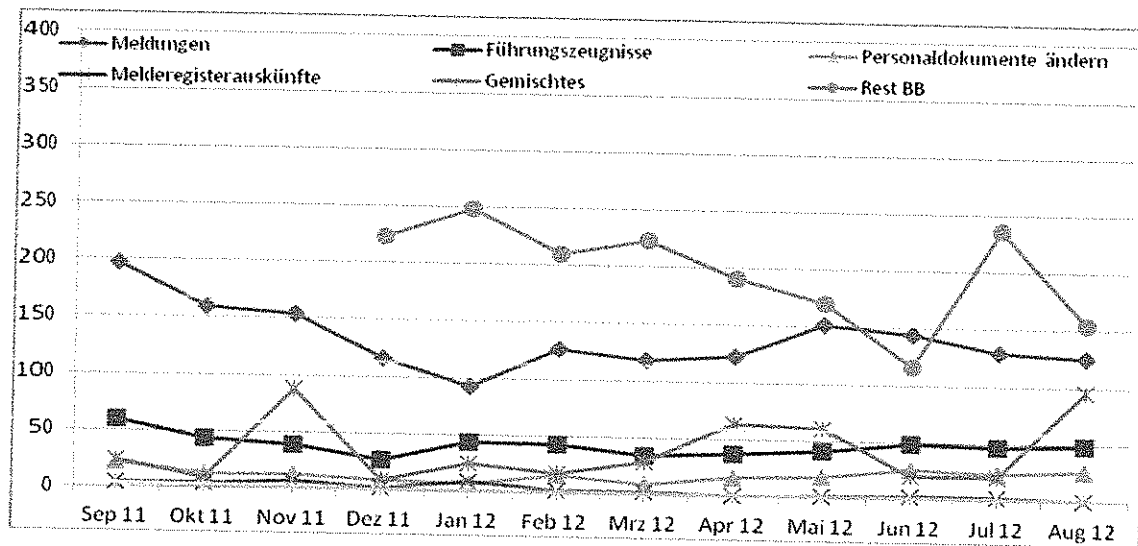
Bürgerbüro Vohwinkel



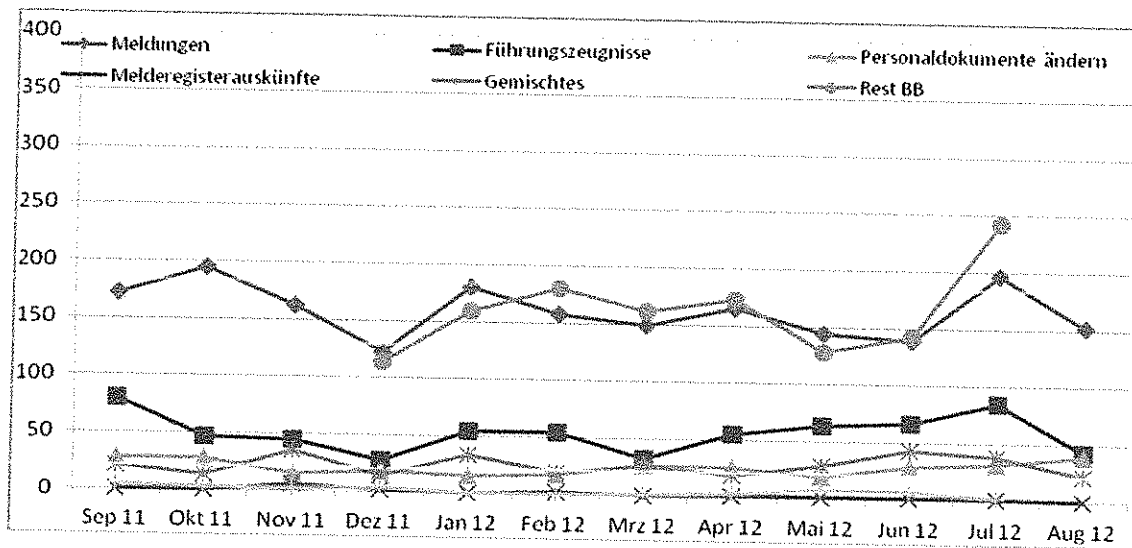
Bürgerbüro Ronsdorf



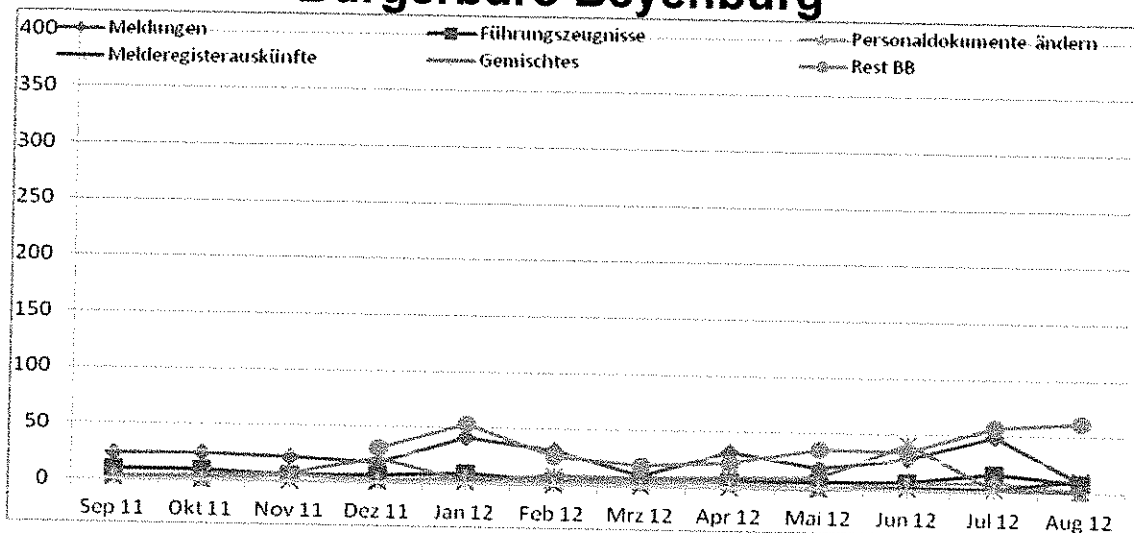
Bürgerbüro Langerfeld



Bürgerbüro Cronenberg



Bürgerbüro Beyenburg

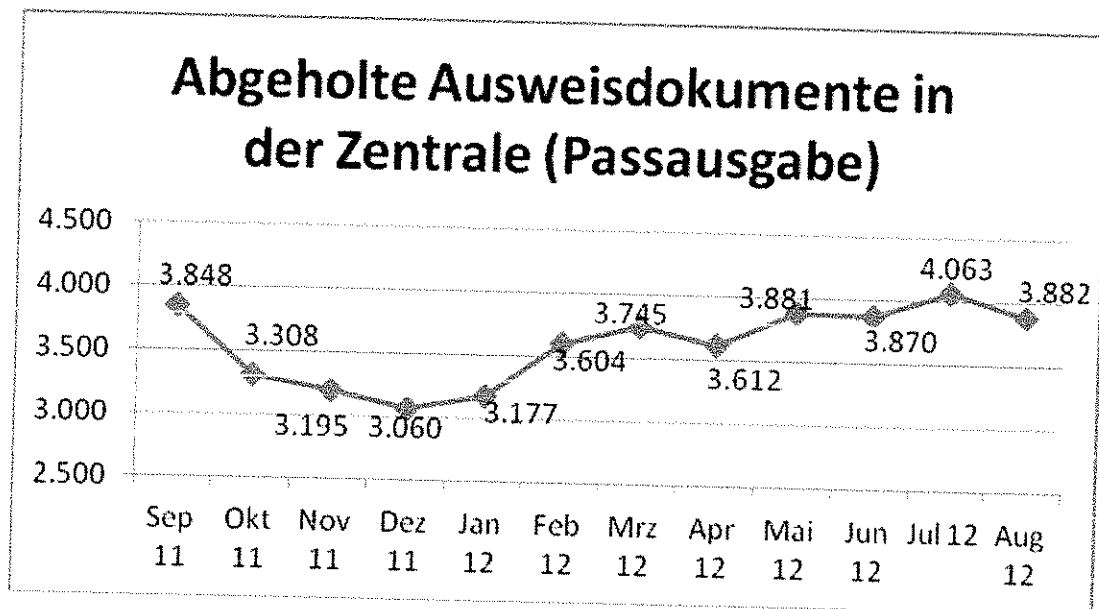


Im gleichen Zeitraum wurden im neu geschaffenen Dokumentenausgabebereich der Zentrale des Einwohnermeldeamtes Steinweg 20 insgesamt

43.245

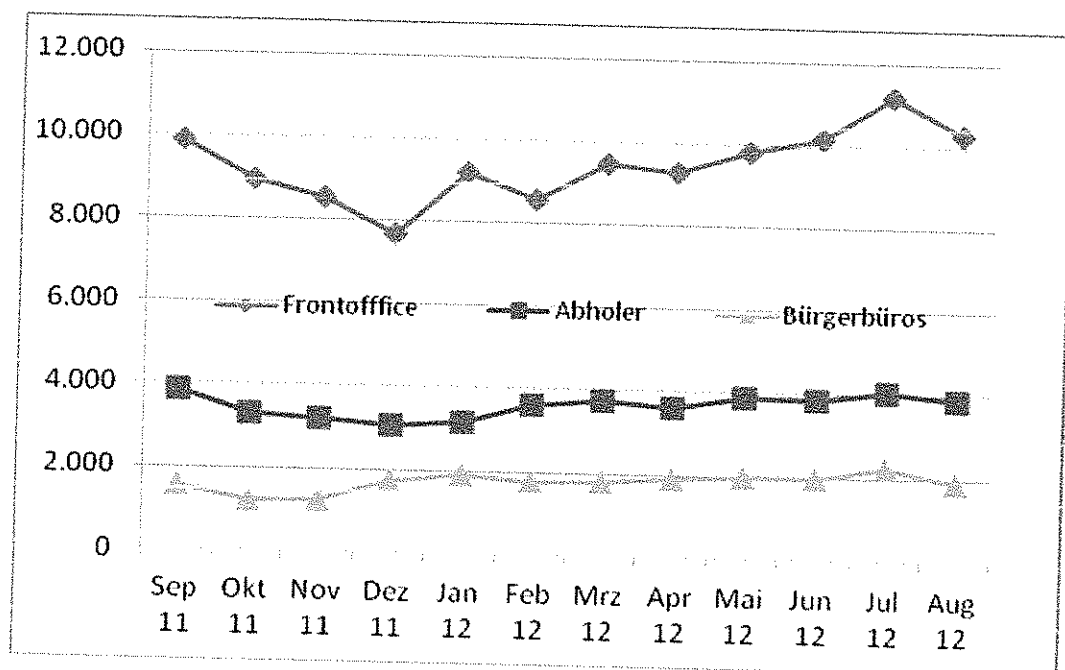
Ausweisdokumente ausgegeben.

Die Ausgabe verteilt sich auf den Beobachtungszeitraum wie folgt:



4) Darstellung des Gesamtbesucheraufkommens in der Zentrale des Einwohnermeldeamtes sowie den Bürgerbüros:

In einer grafischen Übersicht ergeben sich nach den unter Punkt 1) dargestellten Änderungen der Aufgabenzuschnitte folgende Kundenströme für die einzelnen Dienstleistungsorte des Einwohnermeldeamtes:



21.12.2012

Aufgaben der Bürgerbüros

früher bis 2011	heute 2016
An- und Ummeldungen	An- und Ummeldungen
Auskünfte aus dem Melderegister	Auskünfte aus dem Melderegister
Namensänderungen	--
Beantragung von Führungszeugnissen	Beantragung von Führungszeugnissen
Lohnsteuerangelegenheiten	Bescheinigung über die Steueridentifikationsnummer
Passangelegenheiten (Personalausweise, Reisepässe, Kinderausweise)	--
Befreiung von der Ausweispflicht	Befreiung von der Ausweispflicht
Standesamtsangelegenheiten	--
Trauungen	Trauungen
Beratung in Rentenfragen, Beantragung von Renten	--
Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Verstoß gegen das Pflegeversicherungsgesetz	--
Wohngeldbeantragung	Wohngeldbeantragung
Ausgabe von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheinen	Ausgabe von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheinen
Entgegennahme von Verpflichtungserklärungen (bei Beantragung eines Besuchsvisums)	--
Ausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenparkausweisen	Ausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenparkausweisen
Untersuchungsberechtigungsscheine	Untersuchungsberechtigungsscheine
Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen	Ausgabe der Anträge auf Ausstellung neuer Schwerbehindertenausweise
Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister	Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister
Annahme von Fundsachen (Fundbüro)	Annahme von Fundsachen (Fundbüro)
An- und Abmeldung von Hunden	An- und Abmeldung von Hunden
Verkauf von Werbestikeln	Verkauf von Werbestikeln
Verkauf von Kartenmaterial des Katasteramtes	Verkauf von Kartenmaterial des Katasteramtes
Ämtliche Beglaubigungen	Ämtliche Beglaubigungen
Anschriftenänderungen in Kraftfahrzeugscheinen	Anschriftenänderungen in Kraftfahrzeugscheinen
Ausgabe von Holzsammelscheinen und Reitkennzeichen	--
Geschäftsführung der Bezirksvertretung	--

26

18

Die **Bürgerbüros** in den **Stadtteilen** erledigen auch weiterhin eine breite Palette an Aufgaben:

- An-, Ab- und Ummeldungen
- Änderung der Anschrift in KFZ-Scheinen
- Auskünfte aus dem Melderegister
- Aufenthaltsbescheinigungen
- Anträge auf Ausstellung eines Führungszeugnisses
- Amtliche Beglaubigungen
- Befreiung von der Ausweispflicht
- Anträge auf Auszüge aus dem Gewerbezentralregister
- Untersuchungsberechtigungsscheine
- Entgegennahme von Wohngeldanträgen
- Aushändigung von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheinen
- Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen
- Unterstützung bei der Beantragung neuer Schwerbehindertenausweise
- Neuausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenparkausweisen
- Verkauf von Werbeartikeln und Stadtplänen
- Hundesteuer An- und Abmeldung
- Entgegennahme von Fundsachen
- Aushändigung von Antragsformularen städt. Dienststellen und anderer Behörden

Neue Öffnungszeiten der **Bürgerbüros**:

Cronenberg, Rathausplatz 4	Dienstag	von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr
	Mittwoch	von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Langerfeld, Schwelmer Straße 15	Mittwoch	von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr
	Donnerstag	von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr
Beyenburg, Am Kriegermal 22	Montag	von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr
Ronsdorf, Marktstraße 21	Dienstag	von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr
	Mittwoch	von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr
Vohwinkel, Rubensstraße 4	Donnerstag	von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr
	Freitag	von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Heiraten können Sie auch weiterhin in den Bürgerbüros.

Übrigens: Die Bürgerbüros in den Stadtteilen bieten ihren Service natürlich allen Bürgern unabhängig von deren Wohnort an.

Für Fragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ServiceCenters (Telefon 563-0) zur Verfügung.



SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

An den Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal
Herrn Andreas Mucke
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

SPD-Fraktion
Ulf Klebert
klebert@spdrat.de
Tel. 0202 563 6510

CDU-Fraktion
Patric Mertins
Patric.Mertins@cdu-fraktion-wuppertal.de
Tel. 0202 563 6818

Gemeinsamer Antrag

Datum 29.06.2016

Drucks. Nr. VO/0540/16
öffentlich

Zur Sitzung am 04.07.2016	Gremium Rat der Stadt Wuppertal
-------------------------------------	---

**Einwohnermeldeamt und Straßenverkehrsamt kurz-, mittel- und langfristig optimieren.
Antrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 4.8**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge anstatt der Drucksache VO/0522/16 beschließen:

Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und BA ESW in seiner Sitzung am 6. September 2016 schriftlich und detailliert über die Umsetzung der eingeleiteten kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Einwohnermeldeamt.

Der Rat der Stadt Wuppertal erwartet, dass die Verwaltung vor dem Jahreswechsel einen Grundsatzbeschluss vorlegt, der räumliche und organisatorische Maßnahmen beschreibt, mit welchen die Arbeit des Einwohnermeldeamtes und die des Straßenverkehrsamtes dauerhaft dem Publikumsverkehr gerecht werden.

Begründung:

Die Belastungen durch die Wartezeiten im Einwohnermeldeamt haben für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler sowie die Beschäftigten auch in diesem Jahr vor der Hauptreisezeit der Sommerferien jegliches Maß der Toleranz überschritten. In der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und BA ESW hat die Verwaltung kurzfristige und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Einwohnermeldeamt angekündigt. Ebenso wurde in dieser Sitzung von der Verwaltung angekündigt, dass mittel- und langfristige Optimierungsmaßnahmen in den publikumsintensiven Leistungseinheiten Einwohnermeldeamt und Straßenverkehrsamt in Planung seien. Denkbar sei hier ein Bürgeramt an einem zentralen Standort, welches auch in Spitzenzeiten die Publikumsverkehre adäquat bewältigen kann. Diese Maßnahmen sollen durch die o. g. Beschlüsse verstetigt und anschließend zur Umsetzung gebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender

Michael Müller
Fraktionsvorsitzender

Statistikstelle der Stadt Wuppertal

EINWOHNERBESTAND

[QUARTAL].[Alle].[2. Quartal]

[STICHJAHR].[Alle].[2016]

MeasuresLevel	30.06.2016
Stadtbezirke	
0 Elberfeld	66.834
1 Elberfeld West	27.838
2 Uellendahl-Katernberg	37.313
3 Vohwinkel	31.242
4 Cronenberg	21.108
5 Barmen	60.478
6 Oberbarmen	45.037
7 Heckinghausen	21.652
8 Langerfeld-Beyenburg	24.593
9 Ronsdorf	21.228
Summe	357.323

Bericht erstellt am 23.09.2016 um 12:40:33 (CollStat version Jul 6 2016)

Statistikstelle der Stadt Wuppertal

EINWOHNER

[QUARTAL].[Alle].[2. Quartal]

[STICHJAHR].[Alle].[2016]

Quartier	1 Deutsch	2 Ausländer	Summe
00 Elberfeld-Mitte	4.159	1.896	6.055
01 Nordstadt	12.405	4.996	17.401
02 Ostersbaum	10.995	4.385	15.380
03 Südstadt	7.568	2.438	10.006
04 Griffenberg	10.188	1.402	11.590
05 Friedrichsberg	5.178	1.224	6.402
10 Sonnborn	3.198	614	3.812
11 Varresbeck	3.661	732	4.393
12 Nützenberg	4.349	1.359	5.708
13 Brill	4.100	402	4.502
14 Arrenberg	3.734	1.808	5.542
15 Zoo	3.455	374	3.829
16 Buchenhofen	44	8	52
20 Uellendahl-West	8.606	1.016	9.622
21 Uellendahl-Ost	5.646	856	6.502
22 Dönberg	4.610	130	4.740
23 Nevigeser Straße	6.071	689	6.760
24 Beek	2.812	160	2.972
25 Eckbusch	4.270	210	4.480
26 Siebeneick	2.164	73	2.237
30 Vohwinkel-Mitte	7.726	1.540	9.266
31 Osterholz	3.311	427	3.738
32 Tesche	3.379	653	4.032
33 Schöller-Dornap	2.788	124	2.912
34 Lüntenbeck	985	47	1.032
35 Industriestraße	166	39	205
36 Westring	3.605	442	4.047
37 Höhe	4.264	1.183	5.447
38 Schrödersbusch	533	30	563
40 Cronenberg-Mitte	6.415	435	6.850
41 Küllenhahn	1.761	79	1.840
42 Hahnerberg	3.702	254	3.956
43 Cronenfeld	3.281	489	3.770
44 Berghausen	1.998	108	2.106
45 Sudberg	2.032	69	2.101
46 Kohlfurth	461	24	485
50 Barmen-Mitte	3.341	1.765	5.106
51 Friedrich-Engels-Allee	5.441	2.576	8.017
52 Loh	3.588	857	4.445
53 Clausen	2.538	326	2.864
54 Rott	7.570	2.223	9.793
55 Sedansberg	8.248	2.337	10.585

Statistikstelle der Stadt Wuppertal

EINWOHNER

[QUARTAL].[Alle].[2. Quartal]

[STICHJAHR].[Alle].[2016]

Quartier	1 Deutsch	2 Ausländer	Summe
56 Hatzfeld	3.634	297	3.931
57 Kothen	7.578	1.203	8.781
58 Hesselberg	1.959	447	2.406
59 Lichtenplatz	4.320	230	4.550
60 Oberbarmen-Schwarzbach	9.728	5.547	15.275
61 Wichlinghausen-Süd	7.179	2.858	10.037
62 Wichlinghausen-Nord	4.898	1.616	6.514
63 Nächstebreck-Ost	4.683	752	5.435
64 Nächstebreck-West	6.970	806	7.776
70 Heckinghausen	9.979	2.998	12.977
71 Heidt	6.090	1.290	7.380
72 Hammesberg	1.183	112	1.295
80 Langerfeld-Mitte	3.854	534	4.388
81 Rauental	2.843	729	3.572
82 Jesinghauser Straße	1.454	357	1.811
83 Hilgershöhe	2.683	698	3.381
84 Löhlerlen	1.505	319	1.824
85 Fleute	1.829	351	2.180
86 Ehrenberg	2.166	120	2.286
87 Beyenburg-Mitte	2.930	84	3.014
88 Herbringhausen	2.076	61	2.137
90 Ronsdorf-Mitte/Nord	7.248	479	7.727
91 Blombach-Lohsiepen	2.586	184	2.770
92 Rehsiepen	1.375	492	1.867
93 Schenkstraße	3.026	206	3.232
94 Blutfinke	4.576	185	4.761
95 Erbschlo-Linde	763	108	871
Summe	293.461	63.862	357.323

Bericht erstellt am 14.09.2016 um 12:19:48 (CollStat version Jul 6 2016)

11. 10. 2016

Arbeitsplatzstandorte für die BV-Geschäftsführung und Standorte der Bürgerbüros

Sinnvoll ist:

1 Geschäftsführer/in für Vohwinkel und Cronenberg

52 237

1 Person – 2 ½ Tage in Vohwinkel

1 Person – 2 ½ Tage in Cronenberg

Die beiden 2 ½ Tage werden von einer Person abgedeckt.

1 Geschäftsführer/in für Ronsdorf und Langerfeld-Beyenburg

45 466

1 Person – 2 ½ Tage für Ronsdorf

1 Person – 2 ½ Tage für Langerfeld-Beyenburg

Die beiden 2 ½ Tage werden von einer Person abgedeckt.

Erinnerung

Die Städte Elberfeld und Barmen gibt es seit Jahrhunderten. Sie wurden nach 1945 in mehreren BVen gegliedert. Der Grund war, eine BV Elberfeld oder Barmen sollte nicht ein ähnliches Gewicht haben, wie die alten Städte. Deshalb wurden die alten Städte in jeweils 3 BVen gegliedert.

Elberfeld-West

Uellendahl-Katernberg

Elberfeld

Sollten 2 Geschäftsführer/innen bekommen. Sinnvoller Sitz Verwaltungshaus Elberfeld. 131.312

Oberbarmen

Heckinghausen

Barmen

Sollten 2 Geschäftsführer/innen bekommen. Sinnvoller Sitz Rathaus Barmen. 126.779

Personalausfälle durch Urlaub, Krankheit usw. können dann von hier – Barmen und Elberfeld – gedeckt werden.

Gegebenenfalls können diese Mitarbeiter bei Personalengpässen in den Bürgerbüros helfen.

Die Geschäftsführer/innen der BV überwachen auch das Bürgerbüropersonal.

In den Bürgerbüros sind jeweils 2 Mitarbeiter beschäftigt, wie heute.

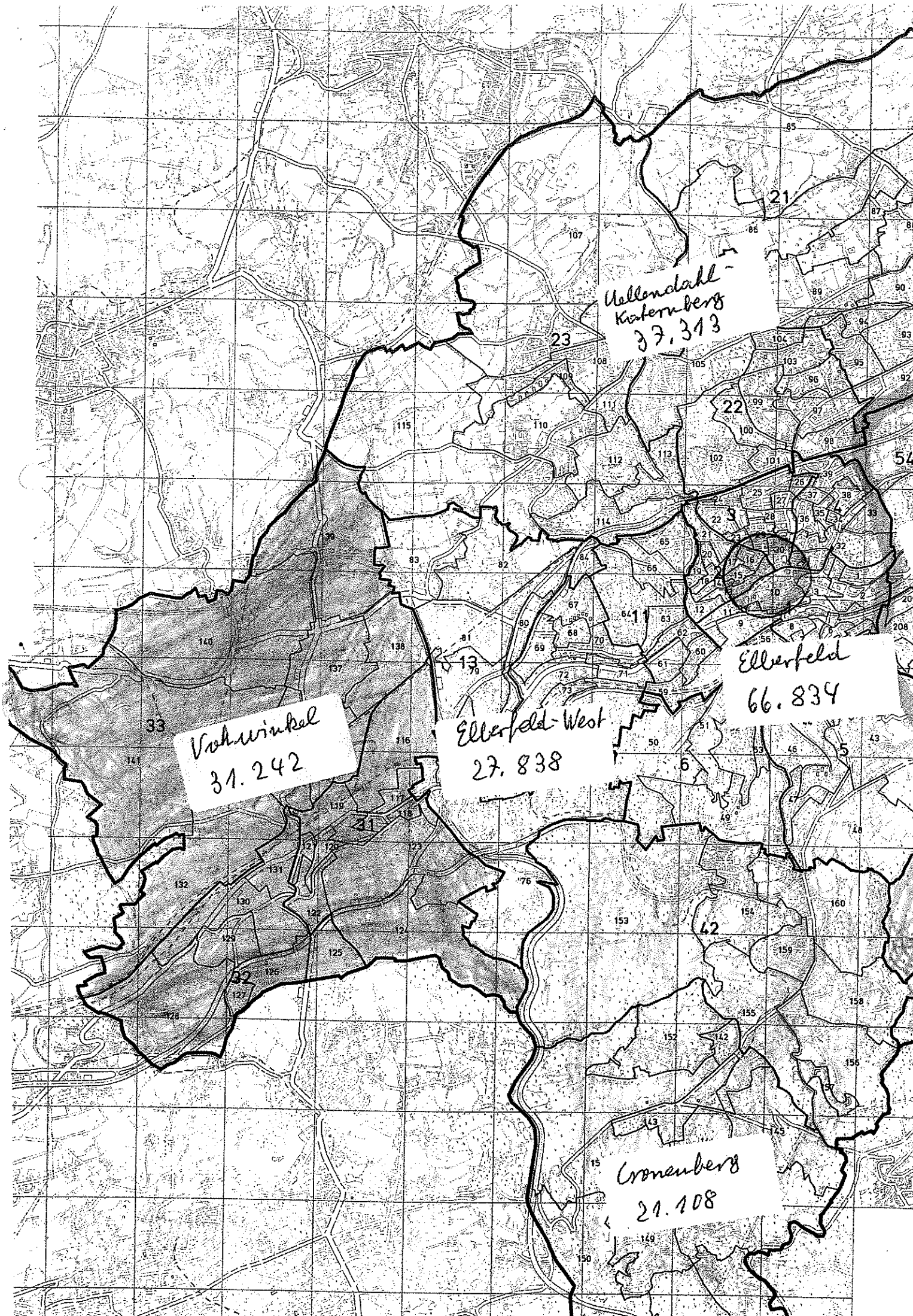
Je 2 ½ Tage in der Woche.

Allgemeiner Hinweis: Es macht keinen Sinn, Geschäftsführer/innen in Vohwinkel und

Ronsdorf oder in Cronenberg und Langerfeld-Beyenburg arbeiten zu lassen. Es muss

eine gemeinsame Grenze geben.

6 Geschäftsführer



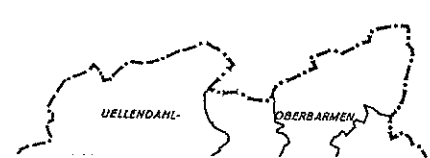
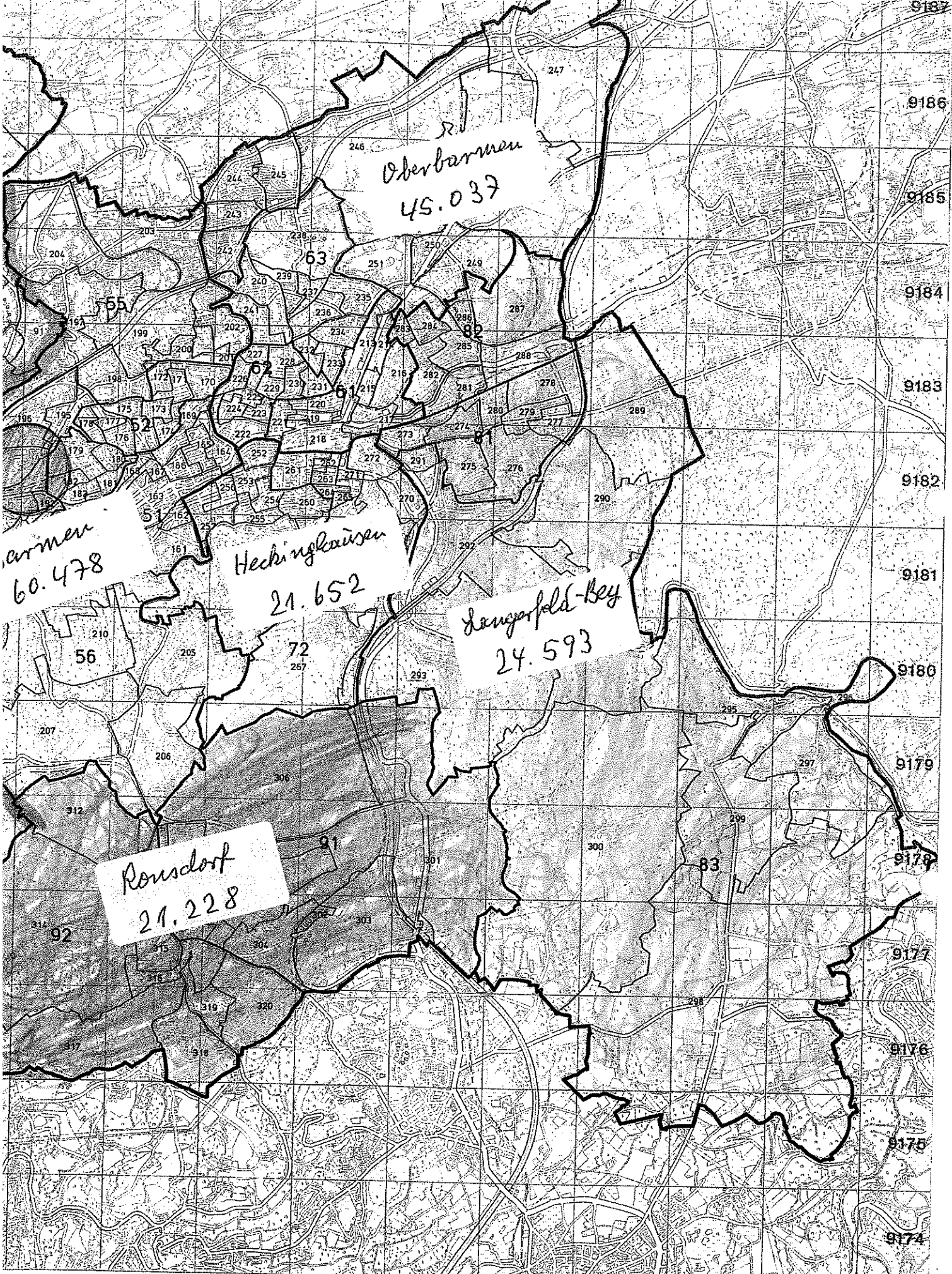
Vohwinkel
31.242

Ellerbeld-West
27.838

Ellerbeld
66.834

Hellendahl-
Katernberg
37.313

Cronenberg
21.108



Übersicht zu den Bundestags- und Landtagswahlkreisen

Beschlussauszug

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf

vom 25.10.2016

Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Stv. Hornung berichtet über eine öffentliche Sitzung der CDU-Ratsfraktion vor den Herbstferien, in der Herr Beig. Paschalis u.a. über mehrere Treffen der Runde der 10 Bezirksbürgermeister und über ein Skript zur Organisationsoptimierung der Bürgerbüros gesprochen habe. Die Mehrheit der dort anwesenden Zuhörer sei über diese Angelegenheiten nicht informiert gewesen, insofern bitte er den Bezirksbürgermeister um entsprechende Informationen, zumal mittlerweile z. B. Gerüchte über eine Schließung des Bürgerbüros Langerfeld im Raum stünden.

Der Bezirksbürgermeister erläutert, dass die 10 Bezirksbürgermeister(innen) mehrere Punkte aufgelistet hätten, über die gesprochen werden müsste.

Als wichtigster Punkt sei die Wiedereinrichtung der eingesparten 5. Stelle im Bereich der Geschäftsführung der Bezirksvertretungen zu nennen. Der Oberbürgermeister habe in der letzten Sitzung der Bezirksbürgermeister zugesichert, dass die 5. Stelle eingerichtet werde.

Als weiteres Ziel werde die intensivere Öffnung der Bürgerbüros angestrebt sowie über deren sinnvolle Nutzung diskutiert. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, das Bürgerbüro in Beyenburg aufgrund der geringen Frequentierung zu schließen und den Beyenburgern eine kostengünstigere Lösung anzubieten.

Herr Stv. Hornung bittet darum, die Anwesenden künftig zeitnah über weitere Ergebnisse unterrichtet zu werden.

Herr Temme ergänzt, dass der Oberbürgermeister gerade aktuell geäußert habe, dass es gut sei, so viele Geschäfte wie möglich in den Bürgerbüros anzusiedeln.

Herr Geiß stellt die Frage an die Verwaltung, ob es möglich sei, im Jugendzentrum Scheidtstraße einen öffentlichen W-LAN-Zugang einzurichten bzw. die Möglichkeit für Freifunk geschaffen werden könnte.

Eine weitere Anfrage betreffe den Feldweg zwischen Dörner Weg und Staubenthaler Höhe. Hier sei die Einfahrt von einer Seite verboten, von der anderen Seite erlaubt. Er bitte die Verwaltung um Erläuterung und ggfs. um Vereinheitlichung.

Des weiteren bittet er die Verwaltung, die nicht mehr lesbaren Piktogramme in der Tempo 30-Zone in der Talsperrenstraße und der Lilienstraße zu erneuern.

Für die Richtigkeit des Beschlusses:

Gudrun Limberg
(Schriftführer/in)

Bezirksvertreter fordern vehement den vollen Service in Bürgerbüros. Politiker berufen sich auf die Gemeindeordnung.

Von Katharina Rürh

Cronenberg. Er ist ein größerer Aktenkoffer – und in ihm steckt ein kleines Büro. Die Mitglieder der Bezirksvertretung (BV) Cronenberg konnten sich bei ihrer letzten Sitzung selbst ein Bild von dem Bürgerkoffer machen, mit dem Meldeantragsmöglichkeiten mobil werden können. Die Diskussion über seinen Einsatz entwickelte sich erneut zur Grundsatzdiskussion über die Notwendigkeit der Bürgerbüros.

Oliver Wagner (SPD) hatte entdeckt, dass dieses technische Angebot der Bundesdruckerei in Mecklenburg-Vorpommern benutzt wird. Die SPD hatte daher den Antrag gestellt, einen solchen Koffer für Cronenberg anzuschaffen (die WZ berichtete). Erfreut waren die Bezirksvertreter, dass Bürgeramtsleiter Jochen Siegfried einen solchen Koffer direkt in die Sitzung der BV mitgebracht hatte.

Mit dem Koffer „ist doch das Argument vom Tisch, dass die technische Ausstattung der Bürgerbüros für Passangelegenheiten nicht reicht“, sagte Oliver Wagner. Der Koffer könnte zwei Tage in Cronenberg und zwei Tage in Ronsdorf benutzt werden. „Und wenn am Steinweg wieder die Hölle los ist, dann auch da.“

„Man kann das einsetzen“, bestätigte Bürgeramtsleiter Jochen Siegfried. Dennoch sei das keine gute Lösung, weil es nicht effektiv sei. Auf- und Abbau dauerten, die Geräte hiel-

ten womöglich der Dauerbelastung nicht stand. IT-Experte Thomas Peters, der Jochen Siegfried begleitete, führte aus, dass sie bei technischen Problemen nicht so schnell mit Ferndiagnose per Internet helfen könnten. Damit sei die vermeintliche Bürgerfreundlichkeit in Frage gestellt. „Aus Sicht der IT sind stationäre Arbeitsstellen besser“, fasste er zusammen.

Gemeindeordnung schreibt

Bürgerbüros in Stadtteilen vor

Die skeptische Haltung ließ die Politiker ihre Forderung nach einem vollständigen Service in den Bürgerbüros bekräftigen. Michael-Georg von Wenzowsky (CDU) sagte: „Man sollte in die Gemeindeordnung sehen. Darin steht, dass Bürgerbüros in den Stadtteilen einzurichten sind.“ Damit sei der volle Service mit Passangelegenheiten gemeint. Die Leitungen dazu seien ja da.

Alle anderen Parteien schlossen sich der Forderung nach einem vollständigen Angebot an: „Wir berufen uns und bestehen auf der Gemeindeordnung“, sagte Regina Orth von den Grünen. Und Oliver Wagner sagte: „Wenn die Gemeindeordnung nicht erfüllt wird, dann wird eben geklagt. Dann muss ein Gericht das klären.“

Jochen Siegfried versicherte: „Die Verwaltung hat schon mitbekommen, was ihr Wunsch ist.“ Er setze auch nur den Auftrag des Rates um, betonte er, offenbar angegriffen

Bürgerkoffer heizt Diskussion erneut an

So sieht der Bürgerkoffer aus, über den so intensiv diskutiert wurde.

Archivfoto: dpa

DER KOFFER

EIGENSCHAFTEN Der Koffer wiegt 15 Kilogramm. Er enthält Notebook, Drucker, Fingerabdruck-Lesegerät, Änderungsterminal, Scanner, EC-Kartenlesegerät und Unterschriften-Lesegerät.

ENTSCHEIDUNG Der Rat tagt am 19. Dezember. Dann soll er über die Neu-Konzeption des Meldeamts entscheiden.

KOSTEN Nach Angaben der Verwaltung beträgt der Kaufpreis 5000

für die Bürgerbüros, die nur einen Tag pro Woche genutzt werden.

Am Ende votierten die Politiker einstimmig für den Bürgerkoffer-Antrag der SPD mit ausdrücklichem Verweis auf die Gesamtdiskussion.

von der Dauerdiskussion. Und erinnerte daran, dass die Verwaltung derzeit an einem neuen Konzept für das Meldeamt arbeite. „Nichts ist festgezurrt“, versicherte er. „Warten wir ab, was die Zahlen sagen. Wir werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten prüfen.“ Die Ergebnisse der Projektgruppe würden verwaltungsintern diskutiert, dann gebe es eine Vorlage für die Dezember-Sitzung des Rats.

Michael-Georg von Wenzowsky kritisierte, dass bei diesem Zeitplan keine Möglichkeit bestehe, die Bezirksvertretungen zu hören: „Ich habe den Eindruck, dass man über den Kopf der BV hinweg entscheiden will.“